

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 108 (2011)
Heft: 4

Artikel: "Die Kantone sollen eine echte und gute Sozialpolitik machen"
Autor: Gomm, Peter / Bachmann, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Kantone sollen eine echte und gute Sozialpolitik machen»

Peter Gomm ist neuer Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren. Im Interview spricht der Solothurner Regierungsrat über seine Vorstellungen einer professionellen Sozialhilfe. Und er erklärt, mit welchem Mittel die Akzeptanz der SKOS-Richtlinien in den Kantonen erhöht werden könnte.

Herr Gomm, Sie sind Innenminister des Kantons Solothurn und in dieser Funktion auch Sozialdirektor. Welche Bedeutung hat das Wort «sozial» in Ihrem beruflichen Alltag?

Das Wort «sozial» ist im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit für eine Gesellschaft, die auf den Ausgleich bedacht ist. So gesehen gehört der Begriff «sozial» auch in jede Politik.

Hat es Vorteile, wenn ein Sozialdirektor gleichzeitig Sozialdemokrat ist?

Man merkt es sicher, wenn ein Sozialdirektor Sozialdemokrat ist. Er bringt seine Werthaltungen mit, das ist klar. Das heisst, man richtet sein Augenmerk besonders auf die Entwicklung des sozialen Gefüges in der Schweiz und versucht, die Politik entsprechend aktiv zu gestalten.

Sie setzen sich in Ihrem Amt für sozialen Ausgleich ein. In der Öffentlichkeit ist seit einigen Jahren die Rede von einer Schere zwischen Arm und Reich. Gibt es diese Schere?

Statistisch gesehen gibt es Hinweise, dass diese Schere aufgegangen ist. Immer mehr Leute haben kein Vermögen und wenige Leute haben ein grosses Vermögen. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren eigentlich sehr gut entwickelt, das bildet sich aber in den Löhnen ungenügend ab. Es gibt also eine Gruppe von Personen, die mit tiefen Löhnen zu kämpfen hat und somit nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren kann. Diese Unterschiede bei den Erwerbseinkommen führen letztendlich dazu, dass diese Schere aufgeht.

Sie sind seit Juni 2011 Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK).

Welche Schwerpunkte setzen Sie in diesem Amt?

Meine primäre Aufgabe ist es, den Zusammenhalt der Kantone zu stärken und ihre Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. Mit dem Fokus auf die Sozialpolitik gilt es sicherzustellen, dass die Kantone auch eine echte und gute Sozialpolitik machen.

Was heisst das?

Es gibt verschiedene Themen, die man angehen muss. Beispielsweise arbeiten wir an Inhalten, die im Rahmen der Armutskonferenz, die der Bund 2010 zusammen mit den Kantonen initiiert hat, aufgegriffen wurden. Hohe Priorität hat etwa die Schaffung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL). Wir sind zurzeit im Dialog mit dem Bund und versuchen ein Modell auf die Beine zu stellen, das wieder in den politischen Prozess einfließen kann, nachdem im eidgenössischen Parlament zwei Vorstösse begraben wurden. Im Bereich der Armutsbekämpfung versuchen wir generell stärker mit dem Bund zusammenzuarbeiten. Mit Bundesrat Burkhalter haben wir einen Gesprächspartner mit einem offenen Ohr.

«Bundesrat Burkhalter ist einer, der zuhören kann. Er versucht, die Anliegen der Kantone aufzunehmen.»

Sie pflegen gute Kontakte zum Bundesrat?

Bundesrat Burkhalter ist einer, der zuhören kann. Er versucht, die Anliegen der Kantone aufzunehmen, und wir nehmen die Gelegenheit wahr, unsere Themen beim Bund zu präsentieren.

Sie erwähnten die FamEL. Gerade bei diesem Thema zeigt der Bund wenig Initiative. Die SODK hingegen hat Empfehlungen für deren Einführung in den Kantonen erarbeitet. Ist das Ziel der SODK, dass die Kantone diese Leistungen einführen?

Es gibt erst wenige Kantone, welche die FamEL eingeführt haben – und dies in unterschiedlicher Form. Das sind das Tessin, Solothurn, Genf und die Waadt. Und bereits gibt es Bestrebungen in den Kantonen Freiburg und Wallis. Die SODK findet, die Kantone sollen sich aufgrund der laufenden Diskussion mit dem Bund nicht davon abhalten lassen, diese Leistung einzuführen. Es ist aber unbestritten, dass diese Frage auch auf Bundesebene ernsthaft thematisiert werden muss. Wir haben nun eine Arbeitsgruppe mit Verantwortlichen des Bundes und der SODK eingesetzt, die Modellvorschläge erarbeitet.

Gibt es weitere Schwerpunkte auf der Traktandenliste des SODK-Präsidenten?

Ein Dauerbrenner bleibt das Thema Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung. Da haben Bund und Kantone unterschiedliche Positionen. Der Bund findet aufgrund der Aufgabenteilung, die Existenzsicherung sei auch Aufgabe der Kantone. Selbstverständlich ist es im föderalistischen System der Schweiz Aufgabe jedes Kantons, diese Leistungen sicherzustellen. Es gibt aber Handlungsbedarf im



«Man merkt sicher, wenn ein Sozialdirektor Sozialdemokrat ist. Er bringt seine Werthaltung in die Politik ein.»

Bilder: Daniel Desborough

Sinne einer Koordination und einer Harmonisierung, die man vornehmen muss. Existenzsicherung besteht nicht nur aus Sozialhilfe. Es braucht den Blick auf das Gesamtsystem. So stellen sich zum Beispiel auch im Bereich der Gesundheit existenzsichernde Fragen.

Sie denken also eher an ein Koordinationsgesetz und nicht an ein Rahmengesetz zur Existenzsicherung?

Es geht einerseits um die Koordination, aber natürlich auch um die Festlegung der Eckwerte, wie wir das beispielsweise bei den Ergänzungsleistungen zu AHV und IV kennen, die ja letztlich vom Bund festgelegt werden. Diese Praxis der Harmonisierung muss auch in anderen Bereichen eingeführt werden, etwa bei der Alimentenbevorschussung, wo die Anwendung zurzeit von Kanton zu Kanton unterschiedlich ist. Hier muss man ein gerechteres System finden.

Für die SKOS hat die Armutsbekämpfung höchste Priorität. In welchen

Punkten können die SODK und die SKOS ihre Zusammenarbeit intensivieren?

Auf organisatorischer Ebene besteht zwischen der SODK und der SKOS eine sehr gute Zusammenarbeit. Die SKOS ist vor allem fachlich stark und hat ein grosses Know-how. In diesem Bereich sind ihre Inputs höchst willkommen. Punktuell könnte eine gewisse Intensivierung stattfinden. Wenn politische Komponenten gefragt sind und es um die Haltung der Kantone gegenüber dem Bund geht, wird es aber auch zukünftig so sein, dass die Kantone für sich eine eigenständige Position beanspruchen.

Was verstehen Sie unter punktueller Intensivierung?

Die SKOS hat ein grosses Know-how im Bereich der Sozialhilfeleistungen und sie ist Herausgeberin der SKOS-Richtlinien. Seitens der SODK wird es ausdrücklich gewünscht, dass diese fachliche Seite in die Erarbeitung der Richtlinien einfliesst. Es

gibt aber von unserer Seite eine gewisse Erwartungshaltung. Wir möchten, dass der politische Kontext stärker berücksichtigt und eingebunden wird, nachdem die Sozialhilfe in den letzten zehn, fünfzehn Jahren in der Öffentlichkeit häufig zu Diskussionen geführt hat. Der Prozess bei Revisionen und Anpassungen der SKOS-Richtlinien sollte weiter verbessert werden, damit die Akzeptanz auf politischer Ebene auch zukünftig vorhanden ist.

Das ist ein Appell an die SKOS?

Ja, ich glaube die SKOS müsste die Kantone in dieser Frage früher einbeziehen. Es kann zu Missstimmung führen, wenn die Kantone quasi vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

In welche Richtung soll sich die Sozialhilfe Ihrer Ansicht nach entwickeln?

Man muss in dieser Frage zwischen Organisation und Inhalt unterscheiden →

→ den. Inhaltlich, also fachlich gesehen, ist die Sozialhilfe auf einem guten Weg. Klientinnen und Klienten werden in einen aktiven Prozess geführt, mit dem Ziel, zurück in die Arbeitswelt zu finden. Diese Integration hat hohe Priorität. Heute sucht man auch nach Lösungen für Leute, die in schwierigen Situationen sind. Vor 20 Jahren hat man vor allem ihr Dossier verwaltet. Die Sozialhilfe kommt so aus einer subsidiären Stellung hinaus und greift auch Aufgaben auf, die sich andere Institutionen wie die IV oder die Unfallversicherung schon länger zu eigen gemacht haben.

Wie sieht es auf der organisatorischen Ebene aus?

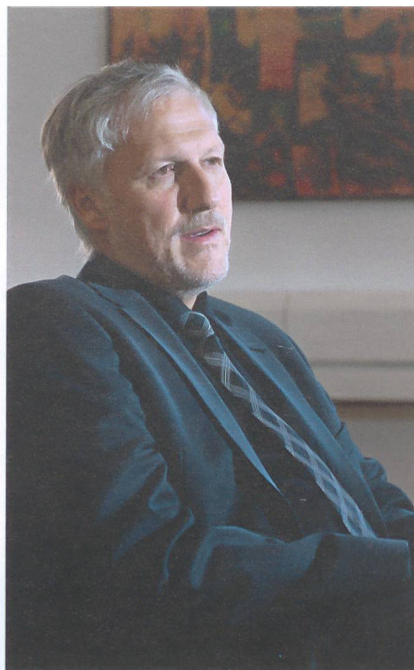
In diesem Bereich haben einige Kantone ihre Strukturen verändert. Man versucht, die Sozialhilfe zu professionalisieren und zu regionalisieren oder sogar zu kantonalisieren. Auch diese Prozesse sind zu unterstützen, weil die inhaltlichen Entwicklungen – also das stärkere Engagement der Sozialhilfe – eben auch institutionell abgestützt und finanziert sein muss.

Treibt die SODK die Regionalisierung und Professionalisierung voran?

Ich glaube nicht, dass dies eine primäre Aufgabe der SODK ist. Die Frage der Strukturen betrifft die Organisationen. Das sind ureigene Bereiche der Kantone oder der Gemeinden. Die SODK wird in diesem Sinne keine politischen Vorgaben machen. Wir machen aber Hinweise auf erfolgreiche Modelle und leisten Support, wenn ein Kanton die Sozialhilfe professionalisiert.

Wenn man sich die drei Akteure SODK, Bund und SKOS in einem Dreieck vorstellt, wie muss die Verbindung idealerweise funktionieren?

Es gibt eine politische Ebene, dort ist die Verbindung zwischen Bund und Kantonen und auch zwischen dem Städteverband und dem Gemeindeverband angesiedelt. Dann gibt es eine Fachebene. Die SODK und die SKOS sind vor allem auf dieser fachlichen Ebene miteinander verbunden. Die SKOS kümmert sich ihrem Auftrag entsprechend um die öffentliche Fürsorge. Dieser Auftrag gibt eine gute Grundlage und schafft letztendlich auch die Voraussetzungen, dass die Politik auf



PETER GOMM

Peter Gomm (SP) ist seit Juni 2011 Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und –direktoren (SODK). Der promovierte Jurist führt als Regierungsrat des Kantons Solothurn seit 2005 das Departement des Innern, dem die Verwaltungszweige Soziale Sicherheit, Gesundheit, Polizei, Strafvollzug und Migration angehören. Peter Gomm ist 52 Jahre alt. Er wohnt mit seiner Familie in Olten.

«Der Prozess bei Revisionen der SKOS-Richtlinien sollte weiter verbessert werden.»

einem soliden fachlichen Hintergrund funktionieren kann. So sehe ich die Rollenverteilung.

Soll sich die SKOS politisch weniger einmischen?

Selbstverständlich wird auch der SKOS gelegentlich eine politische Frage unterbreitet. Das sehen wir regelmässig, wenn es um Themen von öffentlichem Interesse geht, beispielsweise letzthin im Zusammenhang mit der Frage der Gewalt gegenüber Sozialbehörden. Dort hat die SKOS klar den Auftrag, sich zu positionieren und ihre Meinungen und Werthaltungen bekannt zu geben.

Die SODK pflegt im Rahmen des Nationalen Dialogs Sozialpolitik Schweiz einen Austausch mit dem Eidgenössischen Departement des Innern. Was bewirkt dieser?

Diesen Dialog gibt es erst seit Kurzem. Er soll primär dazu führen, dass man Grundlagen erarbeiten kann, um politische Probleme zu lösen. Ich sehe den eigentlichen Sinn vor allem im Vorgehen: Die Kantone hacken nicht zuerst einmal auf dem Bund herum und der Bund hackt nicht auf den Kantonen herum, sondern man sitzt gemeinsam an einen Tisch und schaut, wie und wo man eine gemeinsame Handlungsebene bestimmen kann. Aus Erfahrung weiss ich, dass diese Art zielführender ist, als wenn man in einem öffentlichen Schlagabtausch versucht, die Probleme zu lösen.

Wie steht es um den Dialog zwischen Bund und Kantonen, wenn es um die Revisionen der Sozialversicherungen geht? Viele Kantone sind mit der Politik des Bundes unzufrieden. Überspitzt gesagt lautet das Fazit: Der Bund revidiert – die Kantone baden aus.

Die Gefahr besteht tatsächlich. Sie ist aber weniger auf die Art und Weise zurückzuführen, wie der Bund und die Kantone miteinander verkehren, sondern ein Ergebnis der aktuellen politischen Kultur in der Schweiz. Typisch dafür war die Debatte um die Scheininvaliden. Im nationalen Parlament wird die Anspruchsberechtigung von bestimmten Gruppen in Frage gestellt. Ich erinnere hier an die psychisch Kranken, die jetzt mit der 5. und

der 6.IV-Revision nicht mehr in allen Bereichen den gleichen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben wie körperlich geschädigte Menschen.

Was tut die SODK?

Unsere zentrale Aufgabe ist es, aufzuzeigen, dass dies falsche Schritte sind. Diese Politik wird auf uns zurückkommen, denn die gesellschaftliche Solidarität wird stark leiden, davon bin ich überzeugt. Die Zahlen aus 2009, die vom Bundesamt für Sozialversicherung präsentiert worden sind, sind für mich nicht plausibel. Bisher sind aufgrund der 5. IV-Revision noch nicht so viele Leute in die Sozialhilfe gekommen.

Wir wissen aber, dass es ein bis zwei Jahre dauert, bis ein Gesuch beantwortet ist. Hier zu behaupten, dass die neue Praxis nicht zu einer Verschärfung führen wird, halte ich beinahe für zynisch.

Die OECD hat letztthin einen Bericht zum Schweizer Gesundheitswesen vorgelegt, welcher der Schweiz sehr gute Noten attestiert. Jedoch kommt er zum Schluss, dass die Prävention unterentwickelt ist. Ist das generell so in der Schweizer Sozialpolitik?

Prävention ist ein politisches Thema, das noch relativ jung ist. Ursprünglich waren es Aufgaben, welche die Kantone

praktisch alleine betrieben haben. Prävention kann sich im politischen Umfeld nur schwer durchsetzen, weil die Ergebnisse nicht direkt messbar sind. Man kann nicht mit einer Statistik dahinter, sondern muss Überzeugungsarbeit leisten, damit Veränderungsprozesse in Gang kommen. Bei den Kantonen ist übrigens in Bezug auf die Präventionsgesetzgebung, die der Bund dem Parlament präsentiert hat, eine positive Stimmung auszumachen. Sie ist sogar positiver als in den parlamentarischen Gremien.

Wenn man erfolgreich Politik und vor allem auch Sozialpolitik betreiben will, muss man die Bevölkerung hinter sich haben. Wie pflegen Sie als Regierungsrat den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern?

In der medialisierten Gesellschaft von heute besteht die Möglichkeit, dass man sich regelmässig via Medien an die Bevölkerung wendet. Das muss nicht immer auf Regierungsebene sein. Man kann auch auf der Abteilungsebene einzelne Projekte vorstellen. Zudem bin ich relativ viel unterwegs. Ich nutze Ansprachen oder Grussbotschaften, um mein politisches Credo anzubringen. Die Menschen wollen sehen, dass ich die Inhalte mit Engagement und Überzeugung vertrete. Etwas vom Wichtigsten ist es auch, dass man den Dialog mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in der Politik über alle Stufen hinweg pflegt. Häufig ist es nämlich nicht so, dass man die Bevölkerung von einem Anliegen überzeugen muss, sondern jene Leute, die entscheidende Positionen und Ämter innehaben.

Gibt es ein anders Land auf der Welt, wo Sie gerne Sozialdirektor oder Innenminister wären?

Ich bin ganz zufrieden, das Amt eines Regierungsrates im Kanton Solothurn ausüben zu können. Die Bevölkerung bringt einem grosses Vertrauen entgegen. Man ist ja vom Volk gewählt, im Gegensatz zu anderen Ländern, wo man – gerade auf kantonaler Stufe – oft von einem Parlament gewählt und von einer Landesregierung abhängig ist, wie zum Beispiel in Frankreich. ■



Das Gespräch führte
Monika Bachmann